

Münster, 16. Januar 2017

Erklärung von Ascona

Zehn Grundsätze für eine moderne Suchtpolitik

Ende Oktober vergangenen Jahres trafen sich Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung sowie Fachkräfte und Konsumierende im Rahmen der Sucht-Akademie 2016 in Ascona, um über eine moderne und zukunftsorientierte Suchtpolitik in der Schweiz zu beraten. Die daraus resultierende „*Erklärung von Ascona*“ verfolgt das Ziel, eine zeitgemäße und suchtspezifische Politik zu schaffen, welche jegliche Formen des Konsums und deren Schadensreduzierung beinhaltet.

Weitere Informationen zur SuchtAkademie finden Sie unter:
<http://www.suchtakademie.ch>

Erklärung von Ascona

10 Grundsätze für eine moderne Suchtpolitik

Mit der «Erklärung von Ascona» formulieren Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Verwaltung sowie Fachpersonen und Konsumierende eine zukunftsgerichtete Perspektive für die schweizerische Suchtpolitik. Die Erklärung ist das Ergebnis einer dreitägigen SuchtAkademie auf dem Monte Verità. Sie strebt an, eine zeitgemässe, ausgewogene Suchtpolitik zu schaffen, die sich auf alle Formen des Konsums bezieht und eine umfassende Schadenminderung bei allen Formen des Konsums zu erreichen.

1. Eine zeitgemässe Suchtpolitik muss von der Realität ausgehen, nicht von einer idealisierten Vorstellung des menschlichen Verhaltens.
2. In einer zeitgemässen Suchtpolitik sind Erwachsene frei, zu konsumieren. Ihnen steht aber – wenn notwendig – auch Hilfe und Unterstützung zu, da nicht alle die gleichen Kompetenzen im Umgang mit dem Konsum haben.
3. Eine zeitgemässe Suchtpolitik schliesst alle Formen von Konsum ein. Sie strebt an, den Schaden, der aus dem Konsum entsteht sowie die problematischsten Konsumformen zu reduzieren. Dabei berücksichtigt sie die Freiheit des Einzelnen und den Schutz von Dritten.
4. Eine zeitgemässe «Sucht-»Politik braucht eine neue Begrifflichkeit, die den Ansatz widerspiegelt, dass die «Sucht-»Politik alle Konsumformen mit einschliesst.
5. Bei der Entwicklung einer zeitgemässen «Sucht-»Politik nehmen die Konsumierenden einen zentralen Platz ein.
6. Beim Wechsel von der bisherigen zu einer neuen, zeitgemässen «Sucht-»Politik müssen die Zivilgesellschaft und die öffentliche Meinung einbezogen und eine breite Allianz aller betroffenen Stakeholder gebildet werden.
7. Wenn die Ausgangslage es erfordert, müssen die Städte und die Kantone das Leadership übernehmen bei der Entwicklung der zeitgemässen «Sucht-»Politik. Ihr Ziel dabei ist das «Management des Zusammenlebens», das heisst die Schaffung von Lebensqualität unter Berücksichtigung aller Verschiedenheiten.
8. In Bezug auf den Konsum haben Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft andere Interessen als Vertreterinnen und Vertreter des Sozial- und Gesundheitswesens. Eine Zusammenarbeit ist jedoch möglich und teilweise sogar notwendig. Die Zusammenarbeit mit kleinen Betrieben, die soziale Verantwortung übernehmen und in der Gesellschaft verankert sind, hat grössere Erfolgchancen als die Zusammenarbeit mit grossen Industrien.
9. Die Regulierung aller Märkte erlaubt, die Konsumierenden über eine Steuer an den Folgekosten des Konsums zu beteiligen.
10. Raum für Innovation ist unerlässlich – auch ausserhalb des bestehenden rechtlichen Rahmens – um neue Angebote im Sinne einer kohärenten Regulierung aller Substanzen und Märkte zu entwickeln.